

Kathleen Imholz

Die OSZE-Präsenz in Albanien: Von einem Staat im Ausnahmezustand zum konsolidierten Staat

Wenn man auf den Bericht des ersten Leiters der OSZE-Präsenz in Albanien, Daan Everts, über die Jahre 1998/1999,¹ die so bemerkenswert für Albanien waren, zurückblickt, lässt sich ein Gefühl der Befriedigung darüber, wie sehr sich das Land und mit ihm die dortige OSZE-Präsenz entwickelt haben, nicht verhehlen. Die OSZE-Präsenz ist daher auch weiterhin entschlossen, Albanien auf seinem Weg der Integration in die weitere europäische Gemeinschaft, von der es so lange isoliert war, zu unterstützen.

Die OSZE richtete ihre Präsenz in Albanien im März 1997 ein. Es war die albanische Regierung, die darum ersucht hatte, kurz nachdem landesweit der Ausnahmezustand aufgrund schwerer Unruhen im Süden Albanien ausgerufen worden war. Auslöser war der Zusammenbruch einer Reihe groß angelegter Finanzierungsstrukturen gewesen; die Wurzeln der Krise lagen jedoch tiefer. Die albanischen Institutionen waren nach der langen Isolation seit dem Zweiten Weltkrieg nur schwach ausgeprägt und der kurze Zeitraum der frühen neunziger Jahre hatte nicht ausgereicht, sie genügend zu stärken. Mit dieser Aussage sollen jedoch keineswegs die Errungenschaften der Albaner während dieser kurzen Zeit bestritten werden, auf denen das Land bei seiner Rückkehr zur Normalität aufbauen konnte.

Die Rückkehr Albanien zur Normalität begann unmittelbar nach den Parlamentswahlen im Juni 1997, an deren Vorbereitung und Überwachung OSZE und BDIMR sich aktiv beteiligten. Ein Grundpfeiler war die Verabschiedung einer modernen Verfassung im November 1998 und einer Reihe von Folgegesetzen zu deren Implementierung. Die öffentliche Sicherheit und Ordnung, Anfang 1997 noch anarchisch, begann sich schrittweise zu bessern. Die Rückkehr zur Normalität verlief jedoch nicht stetig. Sie wurde insbesondere durch zwei einschneidende Ereignisse, ein inneres und ein äußeres, unterbrochen.

Die Beerdigung des ermordeten Azem Hajdari, eines Parlamentsabgeordneten der oppositionellen Demokratischen Partei, am 14. September 1998 war der Auslöser massiver Ausschreitungen auf dem größten Platz im Zentrum Tiranas. Der Sitz des Premierministers sowie weitere wichtige Ministerien - keinen Steinwurf vom Gebäude der OSZE-Präsenz entfernt - wurden angegriffen und schwer beschädigt. Obwohl die Ordnung schnell wiederhergestellt war, führten die Unruhen zum Rücktritt des damaligen Premierministers

1 Daan Everts, Die OSZE-Präsenz in Albanien, in: Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg/IFSH (Hrsg.), OSZE-Jahrbuch 1999, Baden-Baden 1999, S. 309-323.

Fatos Nano und dessen Ersetzung durch den jungen Euro-Sozialisten Pandeli Majko.

In der nur ein Jahr währenden Amtszeit Majkos trat, kurz nach dem Ende der Unruhen, nicht nur die neue Verfassung in Kraft; Albanien sah sich darüber hinaus auch mit der Krise im Kosovo konfrontiert. Wie der weltweiten Medienberichterstattung zu entnehmen war, nahm Albanien Hunderttausende - vielleicht sogar eine halbe Million - kosovo-albanischer Flüchtlinge auf und bot ihnen Schutz. Die Kleinstadt Kukës, 16 km von einem der wichtigsten Grenzübergänge zum Kosovo entfernt gelegen, war eines der Zentren der Krise. Der damalige Vize-Premierminister Ilir Meta machte es zu seinem Hauptquartier, während eine Notstands-Management-Gruppe (*Emergency Management Group*, EMG) im Ministerrat in Tirana die Krise von dort aus zu meistern versuchte. Die OSZE-Präsenz beteiligte sich mit großem Einsatz an der EMG und stellte darüber hinaus sowohl während als auch vor der Krise Grenzbeobachter zur Verfügung.

Diese Phase äußerst stürmischer Ereignisse dauerte glücklicherweise nicht lange. Albanien war zwar von derart heftigen Geschehnissen stärker betroffen als einige andere Länder; die beiden Jahre nach dem Ende der Kosovo-Krise verliefen jedoch ruhiger. Gleichwohl waren es interessante und wichtige Jahre, in denen Albanien sich von der Anarchie des Jahres 1997 weiter erholt und seinen unterbrochenen Weg zu einer konsolidierten Demokratie mit geiferten und funktionierenden Institutionen wieder aufgenommen hat.

Nun da es in Albanien wieder ruhig ist, hat sich ein Großteil der internationalen Aufmerksamkeit anderen Teilen der Welt bzw. auch anderen Teilen des Balkans, wie z.B. der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien, zugewandt. Die Tatsache, dass ethnische Albaner dort im Brennpunkt der Probleme stehen, unterstreicht etwas, das nicht vergessen werden sollte, auch wenn Albanien selbst nicht in den Schlagzeilen steht: Sicherheit und Zusammenarbeit auf dem Balkan muss immer auch die Albaner einbeziehen, die außer in ihrem Heimatland in unterschiedlicher Zahl im Kosovo, in Montenegro, in Serbien (außerhalb des Kosovo), in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien und in Griechenland leben. Die OSZE-Präsenz in Albanien spielt diesbezüglich zusammen mit anderen OSZE-Missionen in der Region eine wichtige Rolle. Dazu gehört, die sich entwickelnden Institutionen und die Zivilgesellschaft in Albanien weiter zu beobachten und zu unterstützen. Außerdem fördert die Präsenz den Informationsaustausch über die Grenzen Albaniens hinweg und arbeitet in gemeinsamen Projekten mit anderen OSZE-Einrichtungen sowie ganz allgemein mit internationalen und nationalen Organisationen zusammen.

Unser Mandat

Die OSZE-Präsenz in Albanien hat eines der umfassendsten Mandate aller von der OSZE eingerichteter Missionen. Das liegt zum Teil an den Umständen, unter denen die Mission in Albanien aufgebaut wurde. Auf der Grundlage mehrerer Beschlüsse des Ständigen Rates haben wir die Aufgabe, Rat und Hilfestellung in den Bereichen Demokratisierung, Medien und Menschenrechte zu leisten. Unser Mandat umfasst auch Hilfe bei der Vorbereitung und Überwachung von Wahlen, die Gewährleistung einer flexiblen Koordinierung der Bemühungen der internationalen Gemeinschaft sowie die Überwachung der Rückgabe von Waffen. Die Koordinierungsaufgaben im Rahmen dieses Mandats sind in Gestalt der Dachorganisation institutionalisiert, die als "Freunde Albanien" bekannt ist und die nach den Ausschreitungen im Jahr 1998 eingerichtet worden war. Es handelt sich um einen Zusammenschluss verschiedener Albanien unterstützender Länder sowie weiterer Teilnehmer. Diese Gruppe tritt unter dem Vorsitz des Leiters der OSZE-Präsenz und international unter dem gemeinsamen Vorsitz des Amtierenden Vorsitzenden der OSZE und der EU in Wien und Brüssel zusammen.

Wir haben in allen Bereichen, die das Mandat ausweist, intensive Arbeit geleistet. Derzeit besteht unser Hauptquartier aus den Abteilungen "Freunde Albanien", Wahlkoordinierung, Dezentralisierung und Kommunalverwaltungen sowie NGO und Gleichstellungsfragen. Zusätzlich befassen wir uns mit bestimmten Wirtschafts- und Umweltaspekten. Darüber hinaus verfolgen wir aufmerksam das parlamentarische Geschehen, verfügen über eine Presse- und eine politische Sektion und unterhalten Verbindungen zum albanischen Ministerrat. Und schließlich - jedoch keineswegs weniger bedeutend als die anderen Aktivitäten - unterhält die Präsenz ein Rechtsberatungsbüro (*The Legal Counsellor's Office*, LCO), in dem sowohl ausländische als auch einheimische Anwälte arbeiten und das wahrscheinlich die größte Anwaltskanzlei in Albanien ist. Im LCO ist auch unser Büro für Menschenrechte angesiedelt, das einen umfangreichen Aufgabenbereich hat. Es leistet Rechtsberatung aller Art für den Leiter und andere Mitarbeiter der Präsenz, analysiert und kommentiert die albanische Gesetzgebung und fungiert als Koordinator für die zahlreichen Bemühungen um Rechtsreformen, die gegenwärtig in Albanien unternommen werden. Im Büro für Menschenrechte wurden Hunderte von Menschenrechtsbeschwerden eingereicht, die untersucht und bearbeitet werden. Das Büro arbeitet darüber hinaus eng mit einer neuen Institution, dem Ombudsmann, zusammen, der durch die neue Verfassung von 1998 geschaffen wurde und zu Beginn des Jahres 2000 seine Arbeit aufnahm.

Höchste Priorität im Rahmen unseres Mandats hat natürlich die Konfliktprävention, zu der, wenn nötig, auch präventive Diplomatie gehört. Dies erfordert die Fähigkeit, sich auf neue Situationen einstellen zu können. Das wird wiederum anhand unserer derzeitigen Aktivitäten seit den Parlamentswahlen des Jahres 2001 deutlich. Wir nehmen Beschwerden entgegen und leiten sie

entsprechend weiter. In einigen Fällen untersuchen wir sie direkt oder lassen sie durch unsere Außenstellen bearbeiten. Es kann auch vorkommen, dass in besonders heiklen Fällen andere Maßnahmen getroffen werden müssen, wie kürzlich, als wir uns gemeinsam mit Vertretern des BDIMR bis tief in die Nacht bei einer örtlichen Wahlkommission aufhielten, bis sich die dort eingetretene aufgeheizte Lage beruhigt hatte und die in dem Bezirk abgegebenen Stimmen erfasst werden konnten. Anschließend begleiteten wir den Transport der Wahlurnen zur Zentralen Wahlkommission.

Mit Blick auf die Zukunft planen wir unter anderem, unsere Bemühungen zur Verminderung der herrschenden Konfrontation zwischen den wichtigsten politischen Kräften Albaniens fortzusetzen. Zu diesem Prozess haben viele innerhalb und außerhalb der OSZE-Präsenz beigetragen und er trägt allmählich Früchte. In den Jahren 1997/1998 nahm die wichtigste Oppositionspartei weder an den Parlamentssitzungen teil, noch beteiligte sie sich an der Ausarbeitung der Verfassung. Dieser Boykott ist beendet - hoffentlich für immer. Wenn die Parlamentswahlen abgeschlossen sind, werden sich unsere Experten für Kommunalregierung und Wahlen dem weniger dramatischen, aber äußerst wichtigen Bereich der Dezentralisierung zuwenden. Albanien hat die Europäische Charta für lokale Selbstverwaltung angenommen und eine Reihe entsprechender Dezentralisierungsgesetze erlassen, die Nagelprobe steht jedoch noch aus. Das LCO betreibt eine Reihe ehrgeiziger Projekte hinsichtlich der Beobachtung und Implementierung zahlreicher neuer albanischer Gesetze, z.B. des Gesetzes über den Status von Beamten, das die öffentliche Verwaltung Albaniens völlig verändern könnte.

In Zusammenarbeit mit der niederländischen Entwicklungsorganisation SNV werden wir demnächst fünf zivilgesellschaftliche Zentren in verschiedenen Gegenden Albaniens eröffnen, um so eine Konzentration von Ressourcen zu erreichen, die lokale nichtstaatliche Organisationen stärken wird. Das erste oder eines der ersten wird in Kukës sein, im sehr armen Nordosten Albaniens. Wir dürfen nicht vergessen, was Kukës im Rahmen der Bemühungen, mit der Kosovokrise im Jahre 1999 fertig zu werden, geleistet hat. In diesem Zusammenhang und in unserer Rolle innerhalb der "Freunde Albaniens" konzentrieren wir uns auch darauf, die Bemühungen um die wirtschaftliche Entwicklung dieser Region zu koordinieren. Außerdem - um diesen kurzen Überblick über unsere Pläne für das kommende Jahr abzurunden - werden wir unsere Arbeit im Bereich der Entwicklung der Medien und politischen Parteien ausweiten und uns dem albanischen Parlament als einer der Institutionen, die weiter gestärkt werden sollten, zuwenden.

Die Außenstellen

Das Netz der Außenstellen der OSZE-Präsenz in Albanien ist auf gegenwärtig zehn Büros angewachsen; darüber hinaus gibt es noch ein Verbindungs-

büro in der Hauptstadt Tirana, wo sich gleichzeitig das Hauptquartier der OSZE-Präsenz befindet. Jede Außenstelle ist mit zwei bis vier internationalen sowie einheimischen Mitarbeitern besetzt, um eine optimale Ausgewogenheit zu gewährleisten. Zusätzlich zu ihren Aufgaben bei der regionalen Unterstützung aller Aktivitäten der Präsenz spielen die Außenstellen in ihren jeweiligen Gemeinden eine aktive Rolle.

Durch ihre Außenstellen schafft die OSZE-Präsenz etwas Einmaliges: Keine andere internationale Organisation ist so stark mit dem Landesinneren verbunden. Das Netz der Außenstellen der OSZE-Präsenz in Albanien ist allerdings auch im Vergleich mit anderen Operationen der OSZE etwas Besonderes. Es hat einen zweifachen, sowohl nach innen als auch nach außen gerichteten Vorteil: Die OSZE-Außenstellen sind oftmals der einzige Kontakt, den die Albaner in entlegenen Gebieten zur Welt außerhalb Albaniens haben. So können die Außenstellen Fragen der Einheimischen entgegennehmen und für diese zu einer nützlichen Informationsquelle werden. Genauso wichtig ist es, dass die Außenstellen nicht nur die Abteilungsleiter im Hauptquartier unterstützen, sondern auch anderen internationalen Organisationen zur Verfügung stehen und ihnen ihre Hilfe anbieten. So hat sich das BDIMR für die Unterstützung seiner Langzeit- und Kurzzeitbeobachter bei den jüngsten Parlamentswahlen durch die Außenstellen ausdrücklich bedankt.

Wie bei allen Tätigkeiten der OSZE-Präsenz ist Flexibilität auch für die Außenstellen ein Schlüsselbegriff. Beispielsweise konnten die vier Außenstellen in der albanisch-mazedonischen Grenzregion einen Teil ihres Personals für die Verstärkung der Grenzüberwachung abstellen, als sich die Aktivitäten extremer albanischer Gruppen und der mazedonischen Armee intensivierten.

Koordinierung

Koordination ist im Umfeld von Ländern wie Albanien, wo zahlreiche internationale und lokale Akteure vielfältige und sich teilweise überschneidende Programme und Ziele verfolgen, von großer Wichtigkeit. Der Bedarf an Koordination kann gar nicht hoch genug veranschlagt werden. Dieser Teil unseres Mandats wurde im Rahmen der "Freunde Albaniens" institutionalisiert - aber, ob institutionalisiert oder nicht: Er wird immer ein entscheidender Teil des Mandats bleiben. Tatsächlich hoffen wir, im kommenden Jahr eine klare Aufteilung der Aufgaben unter den internationalen Organisationen in ihren jeweiligen Arbeitsgebieten erreichen zu können.

Angesichts des Führungsbedarfs bei der Koordinierung und der bekannten Flexibilität der OSZE haben wir die regionale Initiative gegen Menschenhandel der albanischen Regierung unterstützt. Zudem haben wir bei der Koordination dieser Initiative mit einer beeindruckenden Anzahl internationaler Organisationen, die sich bemühen, Menschenhandel zu unterbinden, eine Füh-

rungsrolle übernommen. Wir werden dies auch auf anderen Gebieten tun, etwa dem der organisierten Kriminalität.

Das Wahlgesetzbuch

Während die Vermittlertätigkeit der OSZE-Präsenz, die in den ersten beiden Jahren häufig gefordert war, mit der zunehmenden Reife des Landes seltener wahrgenommen wird, haben wir immer noch diese Möglichkeit und üben sie, wann immer nötig, aus. Eines der wichtigsten Beispiele der letzten beiden Jahre für unseren Einsatz in Albanien ist die Ausarbeitung des Wahlgesetzbuches.

Infolge der Änderungen in der neuen Verfassung musste die albanische Wahlgesetzgebung vor den Kommunalwahlen im Jahr 2000 und den Parlamentswahlen 2001 reformiert werden. Die albanische Regierung beschloss, ein umfassendes Wahlgesetzbuch zu schaffen, das erstmals in der Geschichte Albaniens für alle Wahlen und Referenden gelten sollte, statt jedes Mal neue Regelungen zu treffen.

Obwohl die Weigerung, die wichtigsten Institutionen des Landes anzuerkennen, und ihr Boykott - wie bereits erwähnt - seltener geworden sind, sind Wahlen nach wie vor heikel. Erschwerend kam seinerzeit hinzu, dass in der neuen Verfassung erstmals der Versuch unternommen wurde, eine neutrale Zentrale Wahlkommission einzurichten. Insbesondere in Bezug auf jüngere Unruhen bei Wahlen in Albanien wurde die Idee einer unabhängigen Wahlkommission von einigen zwar begrüßt, viele blieben jedoch skeptisch. Unter anderem beschuldigten die Oppositionsparteien die verfassungsmäßigen Gremien, die für die Auswahl der Mitglieder der Wahlkommission zuständig waren, einseitig oder von der regierenden Partei dominiert zu sein. Der Vorwurf galt auch dem Präsidenten, der zwar parteilos ist, vom Parlament aber mit dessen sozialistischer Mehrheit im Jahre 1997 gewählt worden war.

Während die Regierung an ihrem Entwurf für das Wahlgesetzbuch arbeitete, lud der Leiter der OSZE-Präsenz im Januar 2000 alle im Parlament vertretenen Parteien zu einem Treffen ein, bei dem der Entwurf ebenso diskutiert werden sollte wie das Verfahren für die anstehenden Wahlen, damit diese weniger umstritten abliefen als die vorangegangenen. Auf diesem ersten Treffen wurde der Plan gefasst, eine technische Arbeitsgruppe einzurichten, die aus Experten der politischen Parteien und der internationalen Gemeinschaft bestehen sollte. Einen aufreibenden Monat lang, von Anfang März bis Anfang April, kamen fünf Vertreter der Regierungskoalition, fünf Vertreter der Opposition und fünf Vertreter der OSZE-Präsenz, des Europarates und der IFES (die in Washington ansässige *International Foundation for Electoral Systems*) an sechs Tagen in der Woche im Hauptquartier der OSZE-Präsenz zusammen. Jeder Paragraph des Regierungsentwurfs stand zur Diskussion.

Man kann nicht behaupten, dass dieser Prozess reibungslos über die Bühne ging. An einigen Tagen zu Beginn des Prozesses und während einer längeren Phase am Ende verweigerte die Opposition ihre Teilnahme. Ein Monat erwies sich als zu kurz, um alle Artikel des Wahlgesetzbuches - oder zumindest alle wichtigen - erschöpfend zu durchleuchten. Schließlich enthielt das Wahlgesetzbuch, als es im Parlament eingebracht wurde, einige Änderungen, denen weder die internationale Gemeinschaft noch die Opposition zugestimmt hatte. Dennoch wurden wichtige Ergebnisse erzielt. Die konzentrierte Phase der Kooperation zwischen Vertretern der albanischen Regierung, Repräsentanten politischer Parteien und internationalen Experten führte zu weit größerer Übereinstimmung, als es bei Gesetzesreformen unter äußerem Einfluss normalerweise der Fall ist. Wie im nächsten Abschnitt näher ausgeführt werden wird, hat das Wahlgesetzbuch, das bei den einmonatigen Allparteiengesprächen herauskam, den Test bei den Kommunalwahlen im Herbst 2000 und - soweit absehbar - auch bei den Parlamentswahlen im Juni/Juli 2001 im Wesentlichen bestanden.

Die Wahlen der Jahre 2000 und 2001

Da Wahlhilfe und -beobachtung sehr wichtige Bestandteile unseres Mandats sowie der Aktivitäten der OSZE bzw. des BDIMR in der Region sind, lag der Schwerpunkt unserer Arbeit sowohl im Jahre 2000 als auch 2001 auf den beiden wichtigen Wahlen, die in diesen Jahren in Albanien stattfanden. Am 1. Oktober 2000 wählte die albanische Bevölkerung erstmals seit Herbst 1996 die Bürgermeister und Räte in den 65 Städten und 309 Gemeinden Albaniens; zwei Wochen später fanden die Stichwahlen statt. Es waren die ersten Kommunalwahlen nach In-Kraft-Treten des neuen Gesetzes über die Dezentralisierung der Kommunalverwaltung und - wie bereits oben erwähnt - die ersten Wahlen überhaupt, die nach dem neuen Wahlgesetzbuch, das unter großen Mühen zu Beginn des Jahres ausgearbeitet worden war, durchgeführt wurden.

Am 24. Juni 2001 (zwei Wochen später fanden wiederum Stichwahlen statt) wählten die Bürger die Abgeordneten des albanischen Einkammerparlaments, der so genannten Versammlung. Obwohl während der Niederschrift dieses Beitrags die aus diesen Wahlen hervorgehende endgültige Zusammensetzung der Versammlung und der Regierung noch nicht bekannt ist, können doch schon einige wichtige Schlussfolgerungen gezogen werden.

Was zunächst bei beiden Wahlen hervorgehoben werden sollte, ist, dass sie am Ende einer vollen Legislaturperiode stattfanden. Diese Tatsache ist an sich schon ein Hinweis auf die zunehmende Stabilität Albaniens. Als die OSZE im Jahr 1997 ihre Tätigkeit in Albanien aufnahm, sollte sie u.a. die anstehenden Parlamentswahlen überwachen, die aufgrund eines zwischen den wichtigsten politischen Kräften des Landes ausgehandelten Kompromisses

stattfanden und denen vor nur etwas mehr als einem Jahr sehr umstrittene Wahlen vorausgegangen waren. Nach den Wahlen im Jahr 1997 trat zudem der Präsident der Republik nur dreieinhalb Monate, nachdem er vom Parlament für eine zweite Amtszeit gewählt worden war, zurück, obwohl seine Amtszeit noch viereinhalb Jahre hätte dauern sollen.

Eine weitere allgemeine Beobachtung ist, dass sich das noch unerprobte Wahlgesetzbuch trotz einiger kleiner Probleme bewährt hat. Eine außerordentlich positive Entwicklung ist die bemerkenswerte Verbesserung der Arbeit der Zentralen Wahlkommission zwischen den Kommunal- und den Parlamentswahlen. Wie erwähnt, waren viele skeptisch, ob eine unabhängige Wahlkommission in Albanien überhaupt funktionieren würde. Sie hatte ihre Arbeit erst vier Monate vor den komplizierten Kommunalwahlen aufgenommen und die Art und Weise, wie sie ihre Aufgaben bei diesen Wahlen wahrgenommen hatte, wurde unter anderem vom BDIMR kritisiert. Mit Hilfe neuen Personals - aber auch aufgrund ihrer Erfahrungen - hat die Zentrale Wahlkommission bislang die Parlamentswahlen deutlich besser bewältigt. Das heißt nicht, dass diese Wahlen perfekt abgelaufen sind. Doch die Idee der Verfassung von 1998, die in Gestalt des Wahlgesetzbuches umgesetzt wurde, eine unabhängige professionelle Zentrale Wahlkommission einzurichten, die alle Aspekte der Wahlen Albanien lenkt und leitet, beginnt langsam in der Praxis zu funktionieren.

An den Wahlen der beiden vergangenen Jahre waren zwar zahlreiche Personen und Organisationen - einheimische wie internationale - beteiligt, die OSZE-Präsenz stand jedoch im Mittelpunkt und nahm ihre vielfältigen Funktionen der Koordinierung, Hilfe, Informationssammlung und Überwachung wahr. Das wird auch weiterhin unsere Aufgabe sein, bis die Parlamentswahlen in allen Aspekten abgeschlossen sind; anschließend werden wir überprüfen, welche Lehren aus den Wahlen zu ziehen sind, und mit der Regierung und interessierten Teilen der internationalen Gemeinschaft daran arbeiten, den Boden für einen noch besseren Verlauf zukünftiger Wahlen zu bereiten. Die Wahl des Präsidenten durch das Parlament im kommenden Jahr wird der erste Schritt sein; im Jahr 2003 folgt mit den Kommunalwahlen der zweite, da die Verfassung von 1998 für die Kommunalregierungen eine dreijährige Amtszeit vorsieht.

Eine neue Partnerschaft

Die Parlamentswahlen stellen einen - hoffentlich positiven - Meilenstein nicht nur für Albanien, sondern auch für die OSZE-Präsenz dar, die ihre Tätigkeit in Albanien kurz vor den letzten Parlamentswahlen aufgenommen hatte. Zum Zeitpunkt dieser früheren Wahlen befand sich Albanien in einem Ausnahmezustand; seine Institutionen waren schwach oder gar nicht vorhanden. Inzwischen sind die Institutionen erheblich gestärkt oder sogar - wie im

Falle des Ombudsmanns und der Zentralen Wahlkommission - neu geschaffen und ausgestaltet worden. Eine neue Verfassung ist in Kraft. Das Land ist zur Normalität zurückgekehrt und kann nach zehn schwierigen Übergangsjahren von einem Einparteiensstaat zu einem pluralistischen System der weiteren Entwicklung mit größerer Selbstsicherheit entgegensehen. Somit muss auch die Rolle der OSZE-Präsenz nicht dieselbe bleiben, die sie bislang war; sie kann und sollte in dieser Zeit der Konsolidierung vor allem nach den Wünschen und Bedürfnissen der albanischen Regierung und des albanischen Volkes gestaltet werden.

Albanien hat gerade erhalten grünes Licht von der Europäischen Union zur Aufnahme von Verhandlungen über ein Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen bekommen. Es hat derzeit turnusgemäß den Vorsitz des Südosteuropäischen Kooperationsprozesses inne. Albanien war Gastgeber für Tagungen von Einrichtungen des Stabilitätspaktes und beteiligt sich aktiv an all seinen Arbeitstischen. Es strebt nach weiterer Integration in europäische und euro-atlantische Strukturen. Albanien verspricht eine stabile und stabilisierende Kraft auf dem historisch unruhigen Balkan zu werden.

Im Rahmen ihres weit gefassten Mandats und mit ihrer vierjährigen Erfahrung mit allen Aspekten des politischen und zivilen Lebens in Albanien kann die OSZE-Präsenz in diesen und vielen anderen Bereichen weiterhin ihre koordinierende Funktion wahrnehmen, wie sie es bereits seit Jahren tut. Darüber hinaus aber kann sie eine erneuerte Partnerschaft sowohl mit der albanischen Regierung als auch mit der Gesellschaft anstreben und ihren Bedürfnissen dienen. Viele unserer aktuellen Prioritäten, wie etwa die zivilgesellschaftlichen Zentren, sind auf diesen Zweck ausgerichtet.

Nur zu oft versuchen internationale Organisationen, ihren Gastländern ihre Vorstellungen von Entwicklung aufzudrängen, ohne den Bürgern des Gastlandes jemals wirklich zuzuhören. Dabei kommt mir eine oft gehörte albanische Redensart in den Sinn: "Nur der Besitzer des Hauses weiß, wo das Dach leckt." Die OSZE-Präsenz wird seit vier Jahren in Albanien wie ein Ehrengast behandelt. Dies ist albanische Tradition gegenüber allen Gästen. Nun ist es vielleicht an der Zeit, vom Gast zum Partner zu werden, da Albanien in einen neuen Abschnitt des Übergangs eintritt: mit einem stärkeren, konsolidierten Staat, der sich klare Prioritäten gesetzt hat. Unsere Hilfe kann so wertvoll wie bisher sein, wenn sie in die richtige Richtung geht. Dies muss das Ziel für die nächsten Jahre bleiben.

Die OSZE-Präsenz in Albanien ist beeindruckt von dem hohen Maß an Kooperationsbereitschaft und Gastfreundschaft, die ihr auf allen Ebenen entgegengebracht werden - von den höchsten politischen Kreisen bis zu ganz normalen Bürgern. Sie möchte an dieser Stelle ihren albanischen Gastgebern ihren tief empfundenen Dank dafür aussprechen.